

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis v. 8.—14. November: M. 35 000 000 000  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr . . . . . zuzügl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 5 500 000 000 M. Girokonto 50 b. d.  
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co.  
Wildbad, Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren  
Raum i. Bez. Grundpr. M. 30 außerh. 35 einchl. Zus.  
Steuer. Reklamezeile 70 M. Schlüssels, 200 Millionen  
Rabatt nach Tarif. Für Oberg. u. b. Kunstfertigkeit  
werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluss der  
Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkurs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

### Die Abjage Amerikas

Die amerikanische Regierung hat angesichts der einschneidenden Vorbehalte Poincarés die weitere Erörterung des Plans eines Sachverständigenausschusses abgebrochen. In der Begründung erklärt Staatssekretär Hughes, daß das Verlangen der französischen Regierung, nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bis zum Jahre 1930 abzuschätzen, jede praktische Tätigkeit unmöglich mache, da anzunehmen sei, daß die Wirtschaftslage Deutschlands sich in diesem Zeitabschnitt nicht so ändern könne, daß nennenswerte Entschädigungszahlungen zu erwarten seien. Eine Washingtoner Meldung des „New York Herald“ bestätigt diese Auffassung und fügt noch hinzu, es verlautete, daß Präsident Coolidge tiefes Bedauern über den Fehlschlag der Verhandlungen wegen des Sachverständigenausschusses geäußert habe. Aber er habe das Empfinden, daß Amerika nicht gemeinsam mit den Verbündeten zur Prüfung der deutschen Wirtschaftslage schreiten könne, wenn nicht alle einig seien. Der Präsident habe erklärt, daß die Zeit noch nicht reif sei für amerikanische Ratsschläge, die die Verbündeten ohne Vorbehalt aufnehmen würden. Im Weißen Haus sei amtlich die Ansicht des Präsidenten dahin bekundet worden, daß eine Prüfung der gegenwärtigen deutschen Zahlungsfähigkeit als zwecklos und unnützlich zu betrachten sei. Er sei der Ansicht, daß die Einschränkungen der Sachverständigen zu einfachen Beobachtern der jetzigen deutschen Lage herabwürdigten würden. Inzwischen ist der nächste sechs Jahre keine Veränderung dieser Lage in Deutschland zu erwarten, die wesentlichen Zahlungen gewährleisten würde. Die Vereinigten Staaten seien deshalb nicht geneigt, bei der Einberufung berufener Persönlichkeiten mitzuwirken. Das Kabinett habe gestern im einzelnen die französische Stellung einer Prüfung unterzogen und nach einer Möglichkeit gesucht, Amerikas Mitwirkung anzubieten, ohne daß die Poincaréschen Einschränkungen völlig angenommen hätten werden müssen. Die allgemeine Meinung sei indessen dahin geerregt, daß angesichts der Erklärungen der französischen Regierung Washington seine eigene Stellung nicht aufgeben könne und sich völlig von der Sache zurückziehen solle. Das Bedauern in amtlichen Kreisen sei allgemein, denn der Präsident und viele seiner Mitarbeiter hätten die Hoffnung gehegt, daß eine unparteiische Untersuchung zur Aufstellung eines Zahlungsplans führen würde, der die Verbündeten instand setzte, sich nach einem mit den Zahlungen zusammenfallenden Räumungsplan aus Deutschland zurückziehen. Ein derartiger Schritt hätte nach Ansicht der amerikanischen Regierung Deutschland die Möglichkeit gegeben, seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und Frankreich in großem Umfang der Notwendigkeit entzogen, selbst seine Entschädigungen von Deutschland einzuziehen.

Poincaré hat also geliegt, es fragt sich nur, ob das französische Volk sich dieses Sieges zu erfreuen haben wird. Wenn das „Echo de Paris“ ihm lauten Beifall klatscht, dann kann man sicher sein, daß für die Wiederherstellung Europas wenig dabei herauskommt. Das Blatt ist aber das einzige, das schon heute vormittag ein Siegeslied antimmt. Es schreibt: „Eine günstige Nachricht kommt aus Washington. Staatssekretär Hughes hat endlich anerkannt, daß es unpraktisch sei, den „famosen“ Sachverständigenausschuss in Marsch zu setzen, ohne der französischen Entschädigungstheorie in ihren wesentlichen Punkten Abbruch zu tun. So verschwindet die große Intrige, die von General Smuts und Lord George geführt wurde. Wir freuen uns dieser Wendung für die Einheit der westlichen Nationen. Die Folgen dieser neuen Tatsache werden sich unmittelbar in glücklicher Weise bei den Verhandlungen in Düsseldorf zeigen.“ — Hier kommt also der französische Nationalismus, dem Poincaré amtlich nicht huldigt, tatsächlich aber sofort, deutlich zum Ausdruck, und man weiß, was man von Frankreich zu erwarten hat.

### Das Kartellgesetz

#### „Gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung“

Um aus dem hohen Wellengang der politischen Wirren wieder in das ruhigere Fahrwasser der Wirtschaftsbetrachtung zu gelangen (obwohl es auch hier trotzlos genug aussieht): Deutschland besitzt jetzt ein Kartell- oder Trustgesetz. Es wurde von der Regierung Stresemann am 2. Nov. auf Grund des unterdessen hinlänglich gewordenen Ermächtigungsgesetzes, also ohne Mitwirkung des Reichstags verordnet und es wird am 20. November in Kraft treten. Es ist im Deutschen Reich das erste seiner Art. Außer einer Kartelluntersuchung im Jahr 1905 ist bisher in dieser Richtung nichts geschehen. Andere Länder, so Nordamerika und Oesterreich, sind mit gesetzlichen Versuchen vorangean-

gen, die allerdings zu glatten Mißerfolgen führten. Deutschland befindet sich aber in einer so furchtbar ernsten Lage, daß alles versucht werden muß, um die künstliche Teuerung zu bekämpfen und die Marktfreiheit wieder herzustellen. So wie bisher unter dem Gaugelspiel der Papiergeldüberschwemmung darf nicht weiter gewirtschaftet werden. Wie schon das neue Arbeitsgesetz und die Aufhebung der Demobilisierungsvorordnungen auf Seiten der Arbeit, so will jetzt das Kartellgesetz auf Seiten des Kapitals gewisse gesunde Hemmungen des freien Wettbewerbs besorgen.

Die Erzeugungs- und Preispolitik der Kartelle war seit Monaten Gegenstand heftigster Angriffe. Unter dem Fluch der Geldentwertung entwickelten sich bei den Fachvereinigungen der Erzeuger schwere Mißstände. Der Preis vieler deutscher Erzeugnisse wurde über den Weltmarktstand hinausgehoben (weil allgemein der Wert des Golbs in allen Ländern gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist). Die Erzeugung wurde absichtlich eingeschränkt, um den Preis hinaufzutreiben. Dazu kamen übermäßige Risikozuschläge und Preisstellungen, die durch die tatsächlichen Erzeugungskosten nie und nimmer gerechtfertigt waren. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwohl ging verloren.

Das muß anders werden, und dazu dient das Kartellgesetz. Es zertrümmert die Kartelle nicht, wie von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde, sondern es schließt sich den Bedenken an, die der Reichsverband der Deutschen Industrie noch im Oktober vor dem Zustandekommen des Gesetzes geltend gemacht hatte, nämlich daß das Verbot oder die Unterbindung der Kartellfreiheit zum Ruin des industriellen Mittelstands führen müßte, daß allzu bürokratische Eingriffe das wirtschaftliche Betragen zerstören und daß eine engherzige Überwachung einen Beamtenapparat erforderlich mache, der im Zeichen des staatlichen Abbaus doch auf jeden Fall vermieden werden sollte.

Das Kartellgesetz gibt dem Reichswirtschaftsminister und einem neu zu schaffenden Kartellgericht bestimmte Vollmachten. Wenn ein Kartellvertrag die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährdet, so kann der Minister beim Kartellgericht die Nichtigkeitserklärung des Vertrags beantragen oder den Beteiligten das Recht der fristlosen Kündigung gewähren. Das Gesetz, das sich selbst als „gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung“ gerichtet bezeichnet, erlaubt ferner jedem Mitglied eines Kartells, seinen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen; als ein solcher Grund gilt jede unbillige Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit. Um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, wird künftig für jeden Kartellvertrag schriftliche Form verlangt.

Und nicht nur den Kartellmitgliedern, auch den Abnehmern, die zu unbilligen Geschäftsbedingungen Abschlüsse getroffen haben, kann das Kartellgericht ein Rücktrittsrecht von ihren Verträgen gewähren. Dieses Recht gilt auch Einzelunternehmungen gegenüber, wenn eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft unter Ausnützung einer wirtschaftlichen Machtstellung vorliegt. Das Kartellgericht wird beim Reichswirtschaftsgericht gebildet. Die zurzeit bestehenden freien Schiedsgerichte in Kartellangelegenheiten bleiben bestehen und werden in geclaneten Fällen vom Wirtschaftsminister angerufen. — Das Gesetz ist klar und vernünftig. Aber wie überall, so hängt auch hier der Erfolg von einer möglichst großzügigen, verständnisvollen und unbürokratischen Anwendung ab — er.

### Der Reichskanzler über die Lage

Halle, 12. Nov. Auf dem gestrigen Parteitag der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Halle—Merseburg, hielt Reichskanzler Dr. Stresemann eine Rede. Er führte u. a. aus: Die Ursachen unserer tiefen äußeren und inneren Not liegen in der Bedrückung von außen. Poincaré habe versichert, es liege ihm ferne, sich in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen. (Lachen.) Poincaré hätte es allerdings in der Hand gehabt, daß die deutschen Verhältnisse nicht so geworden wären. Wo soll das Ansehen einer Regierung herkommen, wenn sie täglich von fremden Ländern mit Füßen getreten wird? Es brauchte nicht der Autorität von Berlin aus, wenn man nur dem Rheinland selbst die Möglichkeit gebe, sich gegen dieses Gesindel von Sonderbündlern zu wehren. Dann wäre alles sofort erledigt. (Lebhafte Zustimmung.) Man gibt uns die Versicherung vollkommener Neutralität, und dann entwarfnet man die Schutzpolizei. Es ist erfreulich, daß die englische Regierung erklärt hat, daß ein Rheininstaat, getrennt von Deutschland, eine Verletzung des Versailler Friedens sei, die von England nicht anerkannt werde. Es ist weiter erfreulich, wenn man sieht, daß auch das Gewissen der Welt einmal schlägt, wenn unsere Rechte in Betracht kommen. Im Ruhrgebiet sind die Zeichen noch nicht im Betrieb. Dieses eine deutsche Gebiet hat über zwei Millionen Arbeitslose und zwei Millionen Arbeiter, weil der politische Druck sie hindert, die Arbeit wieder aufzunehmen,

trotzdem sechs Wochen nach Aufgabe des passiven Widerstands vergangen sind.

Man fordert jetzt das wertbeständige Geld. Sie glauben nicht, welche unendliche Schwierigkeiten die Währungsfrage in sich birgt. Wenn wir das wertbeständige Geld vor Monaten geschaffen hätten, dann hätten wir den passiven Widerstand finanzieren und alle Leistungen auf uns nehmen müssen. Das wäre nicht gegangen.

Es kommt ein weiterer Umstand dazu: Frankreich verkehrt mit uns auf dem Weg des Diktats. In der Angelegenheit der Regelung des Eisenbahnwesens im besetzten Gebiet wurde uns erklärt, Deutschland habe vorbehaltlos anzunehmen. Wir haben erwidert: dann verhandeln wir nicht. Man hat weiter gesagt: die deutsche Antwort habe zu geschähen bis zum nächsten Tag nachmittags 3 Uhr. Darauf habe ich erklärt: Ich lehne es als deutscher Reichskanzler ab, mir vorschreiben zu lassen, wann ich die Antwort gebe. (Stürmischer Beifall.) Die Verhandlungen sind nicht daran gescheitert, sondern weitergegangen.

Der Reichskanzler kam dann auf die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zu sprechen. Diese ganze Frage ist nur eine deutsche Angelegenheit. Sie hat gar nichts zu tun mit dem Kampf um die Republik. Der Kronprinz hat den Wunsch geäußert, gerade vom Kabinett der Großen Koalition die Erlaubnis zur Rückkehr zu erhalten.

Die Politik der fortgesetzten Unterdrückung hat im Reich dazu geführt, daß nach neuen Formen und nach Ideen gesucht werde, um die Dinge zu meistern. Deshalb erklingt der Ruf nach der Diktatur. Der Reichskanzler wies den Vorwurf zurück, daß die Reichsregierung nicht national gehandelt habe. Die Reichsregierung sei nicht nur gegenüber Bayern, sondern auch gegenüber anderen Ländern bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Wir sind jetzt auf dem Höhepunkt der Währungsfrage angekommen. Seit Samstag streifen die Notendrucker. Wer dazu aufreizt, den Druck der Noten einzustellen, muß als Landesverräter behandelt werden. Ehe wir uns die Finanzkontrolle aufzwingen lassen, ist es besser, wenn wir selber Ordnung schaffen.

### Neue Nachrichten

#### Der Kronprinz in Deutschland

Berlin, 12. Nov. Einige Blätter melden, der Kronprinz sei am Sonntag auf der Heimreise nach Dels (Schlesien) im Kraftwagen durch Berlin gekommen. Auf diplomatische Vorstellungen, die von gewissen Verbündeten erhoben wurden, werde die Reichsregierung antworten, daß die Rückkehr des Kronprinzen eine rein innerdeutsche Angelegenheit und vollkommen unpolitischer Art sei. Holland hat selbstverständlich der Abreise keine Hindernisse in den Weg gelegt, nachdem die Reichsregierung die Einreiseerlaubnis gegeben hatte.

Der Kronprinz verbrachte die Nacht zum Sonntag in Hildesheim auf dem Gut eines Bekannten. Am Dienstag wird er in Dels eintreffen.

Paris, 12. Nov. Der Londoner Korrespondent der Pariser Ausgabe der „New York Herald“ meldet, die englische Regierung werde sich wahrscheinlich mit einer Erklärung der deutschen Regierung zufrieden geben, dafür zu sorgen, daß der deutsche Kronprinz sein Landgut in Schlesien nicht mehr verlasse und keine politische Tätigkeit mehr ausübe. Man glaubt aber, daß sich Frankreich mit einer solchen Zusage nicht begnügen, sondern die Auslieferung des Kronprinzen verlangen werde. Es sei nicht anzunehmen, daß die englische Regierung sich dieser Forderung entziehen werde.

#### Der Berliner Buchdruckerstreik

Berlin, 12. Nov. Am Samstag haben die Buchdrucker fast in allen Betrieben Berlins, vor allem in denjenigen die Arbeit niedergelegt, in denen Reichsbanknoten und die Scheine der Rentenmark hergestellt werden. Die Ausgabe der Rentenmarkscheine wird dabei abermals verzögert werden müssen. Am Samstag sind keine Zeitungen erschienen.

General v. Seeckt hat auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Nov. 1923 in einer neuen Verordnung die Arbeitsniederlegung in Betrieben, die Banknoten und öffentliche Wertzeichen herstellen, als in lebenswichtigen Betrieben verboten. Die Arbeit soll dort am Montag morgen 7 Uhr wieder aufgenommen werden, widrigenfalls neben sofortiger Entlassung Bestrafung gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Sept. d. J. tritt. Derselben Strafe unterliegen die Personen, die zur Arbeitsniederlegung außerdem oder Arbeitswille auf irgendwelche Weise von der Arbeit abhalten.

Trotz dieser Verordnung wurde am Montag in keinem Notendruckbetrieb gearbeitet. In der Reichsdruckerei erschienen von etwa 12 000 Arbeitern 2 000—2 500, die ar-





